

Vergelbt

Ein kritischer Rückblick auf die Präsidentschaft von Benigno »Noynoy« Aquino

Er war mit viel Vorschusslorbeeren gestartet. Im Wahlkampf konnte Benigno »Noynoy« Aquino 2010 auf ein ganz vielfältiges Spektrum von Unterstützer*innen zurückgreifen. Da war der Makati Business Club, ein Zusammenschluss von Großunternehmen auf der einen Seite und die links-reformistische Parteiliste Akbayan auf der anderen Seite – und zudem viele Wählerinnen und Wähler, die sich von Aquino mehr »good governance« erwarteten. Aquino hatte den Mund recht voll genommen.

Er versprach, einem »geraden Weg (*daang matuwid*)« zu folgen und erklärte, dass niemand arm bleiben müsse, wenn erst einmal der Korruption ein Ende gesetzt werde (*»Kung walang korap, walang mahirap«*). In seiner ersten Regierungserklärung im Juli 2010 erklärte er dann die Filipin@s schließlich zu seinem Boss (*»Kayo ang boss ko«*). Die Menschen waren enthusiastisch, die Philippinen waren regelrecht in einem »Gelbfieber« (siehe: Niklas Reese: Gelbfiebert, in: südostasien Nr. 2/2010, S. 83–86). Gelbfieber deshalb, weil gelb die Farbe von Aquinos liberaler Partei ist – und auch die Farbe der »EDSA-Revolution«, die 1986 den Diktator Ferdinand Marcos aus dem Amt jagte; ein Mythos, auf den sich Aquino gerne berief. Bald schon aber mischten sich erste Wermutstropfen in den eingeschenkten Wein. Schon im Juni 2010 erwies sich Aquino als unfähig, ein Geiseldrama in Manila, bei dem ein frustrierter Polizist Touristen aus Hongkong in seine Gewalt gebracht hatte, angemessen zu managen. Das Drama kostete acht Geiseln das Leben und führte zu langanhaltenden diplomatischen Spannungen mit Hongkong. Nach sechs Jahren schließlich sieht die Bilanz insgesamt ziemlich ernüchternd aus. Der versprochene »gerade Weg« ist über weite Strecken ein Slogan geblieben; die Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft ist nicht nur ein Torso geblieben, sondern schlimmer noch, sie hat sich recht einseitig gegen die politischen Gegner des Präsidenten gerichtet. Die Menschenrechtssituation hat sich nur unwesentlich verbessert, an der Armut weiter Teil der Bevölkerung hat sich trotz eines beachtlichen Wirtschaftswachstums wenig geändert. Dem Frieden ist Mindanao nach dem Mamasapano-Zwischenfall kaum näher gekommen.

Freundschaftsdienste

Good governance, vor allem die Bekämpfung der Korruption und der Amigo-Wirtschaft – das hatte

Aquino zu seinem Vorzeigeprojekt erklärt. Jedem, der es hören und jeder, die es nicht hören wollte, lag der selbst ernannte Saubermann mit seinem Mantra in den Ohren: Ich bin der rechte Weg.... Noch sein designierter Nachfolger, Mar Roxas, versuchte (erfolglos) damit zu punkten, dass er diesen »*daang matuwid*« fortführen werde. Doch die Enttäuschung war groß. Bald nämlich stellte sich heraus, dass Aquino diesen »geraden Weg« recht selektiv gehen würde. Während er Personen des öffentlichen Lebens, die ihm im Weg standen (wie den Obersten Richter Renato Corona) aus dem Weg räumen ließ, konnten seine Spezies (wie der Staatssekretär im Innenministerium Rico Puno) sich seiner Protektion gewiss sein. 2013 schließlich waren es drei Senatoren aus dem oppositionellen Lager, die im Zusammenhang mit der Unterschlagung von Milliarden Pesos öffentlicher Gelder hinter Gitter gebracht wurden. Bevor aber auch Verbündete Aquinos angeklagt werden konnten, erklärte Justizministerin Leila de Lima den Kreuzzug für abgeschlossen. Verbündete Aquinos, die der Korruption verdächtigt wurden, brauchten sich nicht zu sorgen, ebenfalls der Strafverfolgung anheimzufallen. 2015 schließlich wurde Junjun Binay seines Amtes als Oberbürgermeister von Makati enthoben, wo er die Geschäfte des Binay-Clans führte. Junjun ist Sohn von Vizepräsident Jejomar Binay, der lange als Hauptkonkurrent von Roxas bei den Präsidentschaftswahlen galt. Haushaltsminister Abad, der eine unrühmliche Rolle im Falle des vom Obersten Gerichtshofes für illegal erklärten Präsidentenbudgets *Disbursement Acceleration Program* (DAP) spielte, wiederum konnte im Amt verbleiben, auch wenn er wie Oberbürgermeister Binay sich einer Amtsprüfung unterziehen muss. Auch an Alan Purisma, seinem ehemaligen Bodyguard, den er zum obersten Polizeipräsidenten des Landes gemacht hatte, hielt Aquino (viel zu) lange fest, obwohl ihm von der Ombudsfrau Conchita Morales, die die Anti-Korruptionsbehörde leitet, ein Verfahren angehängt wurde. Purisma soll Aquino in den 1980ern das Leben gerettet haben – und so fühlte sich Aquino bis in die Gegenwart in seiner Schuld stehend.

Die Liste von Namen könnte noch um einiges weitergeführt werden – und brachte Aquino den Ruf ein, dass er bevorzugt Schießkumpel (*kabailan*), ehemalige Klassenkameradinnen (*kaklase*) und ganz allgemein enge Freunde (*kaibigan*) um sich schare, mit Posten versorge und sie dann vor Untersuchungen schützte, sollten sie wegen Fehlverhaltens ins Visier der kritischen Öffentlichkeit geraten. Und wo sie nicht

mehr zu halten waren, sorgte er zumindest dafür, dass sie ungestraft davon kamen – wie im Fall Puno oder auch Purisma.

Gegen seine politischen Gegner*innen vorzugehen, ist aber keine Leistung. Nahezu jeder Politiker in den Philippinen ist gegen Korruption und Nepotismus – sofern man ihn oder sie selbst außen vor lässt. Korruptionsvorwürfe und Amtsenthebungsverfahren sind seit jeher ein beliebtes Mittel, das Eliten im Kampf um Macht und Einfluss einsetzen.

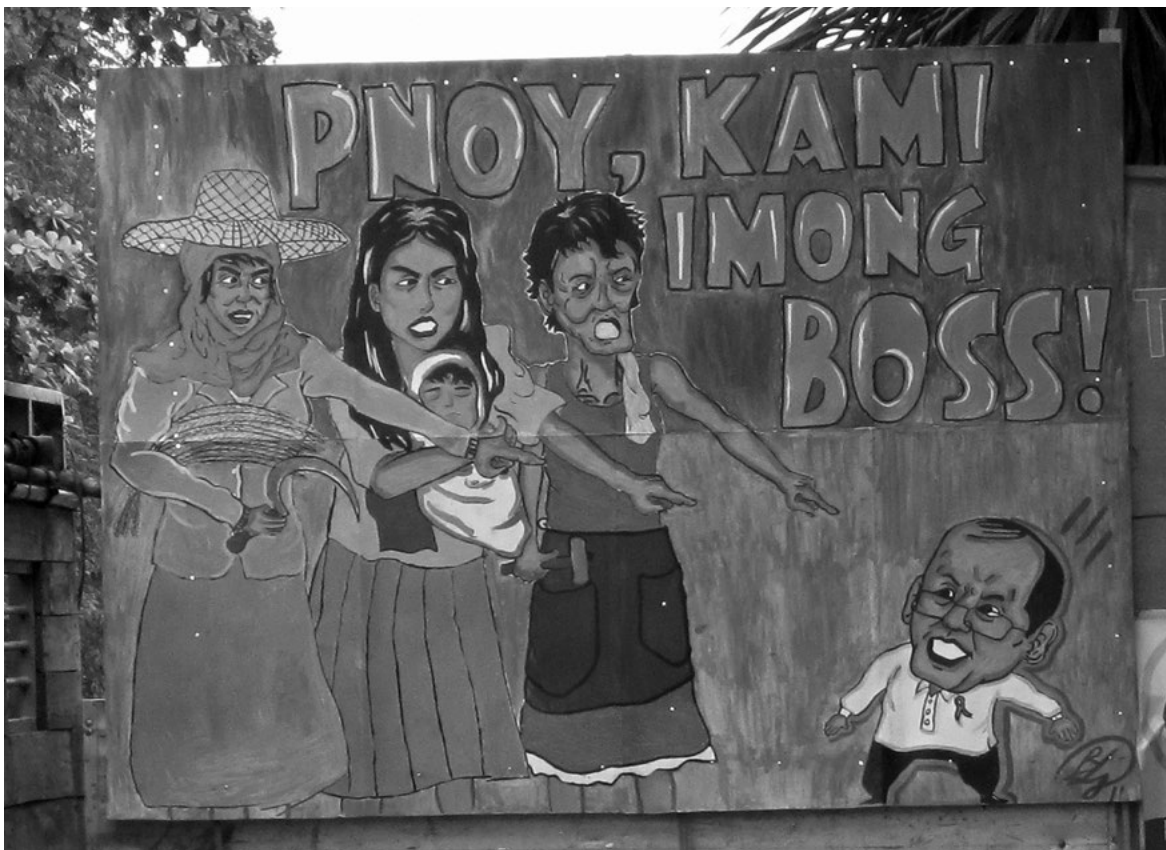
In puncto Korruptionsbekämpfung hat Aquino nicht bloß seine Gegner zum Abschuss freigegeben, während er seine Freunde zu schützen suchte; er weigerte sich auch lange, den *Priority Development Assistance Fund* (PDAF) abzuschaffen, selbst nachdem dieser Budgetposten eine zentrale Rolle im Korruptionsskandal um Janet Napoles spielte, bei dem an die 10 Milliarden Pesos durch fiktive Projekte unterschlagen wurden. Und den Fleischtopf des Präsidenten, das DAP, verteidigte Aquino mit Zähnen und Klauen; er drohte gar dem Obersten Gerichtshof, dessen Kompetenzen beschneiden zu lassen, als dieser das DAP für verfassungswidrig erklärte.

Nepotismus und Korruption sind auch nach sechs Jahren Aquino an der Tagesordnung; darauf weist der erhebliche Einbruch der Philippinen im Korruptionswahrnehmungsindex (*Corruption Perceptions Index*) von Transparency International hin. 2015 gaben die befragten Expert*innen den Philippinen nur noch 35 Punkten von 100 möglichen. Im Jahr zuvor waren es immerhin noch 38.

Einer von vielen, der die Nase von einem Präsidenten voll hatte, der viel vom *daang matuwid* schwadronierte, in der Realität sich aber kaum anders zu verhalten schien als jeder andere traditionelle Politiker (*trapo*) vor ihm, war Zolldirektor (*Customs Commissioner*) John Sevilla. Er trat 2015 zurück, weil er sich vom Präsidenten bei der Reformierung der Zollbehörde, die als eine der korruptesten und am meisten von Vetternwirtschaft gekennzeichneten Behörden gilt, im Stich gelassen fühlte. Die Vertrauten des Präsidenten, so Sevilla, hätten ihm sogar ständig Steine in den Weg gelegt.

Ein anderer, der die Faxen dick hatte, war der linke Abgeordnete Walden Bello. Er legte aus Protest gegen den Verbleib seiner moderat-linken Parteiliste AKBAYAN in einer Koalition mit Aquino sein Mandat im Parlament nieder. Zur Begründung sagte er unter anderem: »Das Kabinett ist wie eine Studentenverbindung. Statt Kompetenz, vernünftige Überlegungen und auf Argumenten fußende Diskussion ist es Loyalität, die zählt« (Quelle: Rappler, 11.3.2015).

Die Leitkolumne des Philippine Daily Inquirer erklärte kurz darauf (29.4.2015) den *daang matuwid* zu einem »hohlen Slogan«. »Das aufrichtig klingende Versprechen, wieder zu einer guten Regierungsführung zurückzukehren, hat eine Wählerschaft angesprochen, die von den endlosen Korruptionsskandalen und anderen Kontroversen während der neunjährigen Präsidentschaft von Gloria Arroyo genug hatte. ... Fünf Jahre später klingt der Slogan hohl. Das Versprechen des Präsidenten, weder Freund noch Feind zu



PNoy(Aquino),
WIR sind dein
Boss. Demonstration in Davao,
July 2012
Foto:
Niklas Reese

verschonen, war nichts wert, als es darum ging, die Mitglieder seiner Regierung, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren, zur Rechenschaft zu ziehen.«

Da hilft es auch nichts, dass Aquino auch einige in Amt und Würden berief, nicht weil sie ihm nahe standen, sondern weil sie erfahren und qualifiziert waren – etwa Justizministerin Leila de Lima oder Marvic Leonen, einen progressiven Juristen und Aktivist, den Aquino an den Obersten Gerichtshof berief.

Ohnehin liebte es Aquino, sich als älteren Bruder (*kuya*) zu präsentieren, der sich wie ein Vater um die Filipin@s kümmere. Seine Regierungsphilosophie, so Conrado de Quiros im *Philippine Daily Inquirer* vom 28.8.2013, »fußt auf dem Prinzip: Vertraue mir, ich will nur dein Bestes.« Gereizt (*pikon*) reagierte er immer wieder, wo dieses Wohlwollen von Presse, Bürger*innen und/oder Abgeordneten nicht honoriert wurde und diese statt dessen Aquino kritisierten – oder gar von ihm erwarteten, dass er die regulären Entscheidungsverfahren respektieren würde.

Nur zweimal in seiner Amtszeit hat Aquino das *Legislative-Executive Development Advisory Council* (LEDAC) einberufen, das in den 1990ern von dem damaligen Präsidenten Fidel Ramos als Forum eingerichtet wurde, um Gesetzesvorhaben zwischen Präsidentenpalast und Parlament abzustimmen. Gesetzlich vorgesehen ist, dass das LEDAC vierteljährlich zusammentritt; Aquino zog es allerdings vor, bei Missfallen über Gesetzesvorhaben im Nachhinein sein Veto einzulegen – wie zuletzt Anfang 2016 gegen eine vom Parlament einmütig beschlossene Rentenerhöhung um 2000 Pesos (40 €). Auch im Fall der Verleihung des prestigeträchtigen Titels einer »nationalen Künstlerin« an die Volksschauspielerin Nora Aunor legte Aquino kurzerhand sein Veto ein. Wie ein Feudalherr scherte er sich wenig um eine Entscheidung, die die nationale Kulturkommission (*National Commission for Culture and the Arts*) in einem langwierigen Prozess getroffen hatte. Solches Vorgehen stärkt nicht gerade das Vertrauen in institutionelle Entscheidungsfindungsprozesse, die als zentraler Baustein von guter Regierungsführung (*good governance*) gelten. Da wundert es dann auch nicht mehr, dass Aquino entgegen seiner vollmundigen Ankündigung die Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetzes (*Freedom of Information Act*) nicht vorangetrieben hat. Der *Freedom of Information Act* sollte unter anderem Bürger*innen Akteneinsicht gewähren und zu mehr Transparenz bei der Regierungsführung führen. Monarchen lassen sich aber nicht gerne auf die Finger schauen. 2011 ließ Aquino eine Versammlung südostasiatischer Geschäftsleute wissen, dass »ein Informationsfreiheitsgesetz gut und edel klingt«, es jedoch in den Philippinen »eine Tendenz gibt, dass Informationen nicht wirklich für die richtigen Zwecke verwendet werden.«

Mit einem solchen Vorgehen hat Aquino nichts an der vorherrschenden Kultur des Privilegs geändert, die

er vollmundig abzuschaffen gedachte, als er 2010 der »Wang-Wang-Kultur« – benannt nach den Sirenen, mit denen sich »die Wichtigen« im Straßenverkehr die Vorfahrt sichern – den Kampf ansagte.

Menschenrechtssituation

Ein anderes Gebiet, auf dem Aquino im Wahlkampf große Töne gespuckt hatte, aber schließlich recht wenig hinten raus gekommen ist, ist die Menschenrechtssituation. Die Menschenrechtsorganisation Karapatan hat seit Amtsantritt von Aquino 304 Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen gezählt; Amnesty International sogar 434 Fälle (und 31 Fälle, in denen Menschen »verschwunden« wurden). Auch wenn dies bedeutend weniger Fälle sind als unter Vorgängerin Arroyo, so ist das Problem noch lange nicht vom Tisch. Zudem ist in den letzten sechs Jahren kaum ein Täter zur Verantwortung gezogen worden, vor allem wenn es sich bei ihm beziehungsweise ihr um ein Mitglied der nationalen »Sicherheits«kräfte, also von Polizei oder Militär, handelte.

Amnesty International hat die Bilanz der Aquino-Regierung in puncto Menschenrechten als »bedrückend« bezeichnet. Außergerichtliche Hinrichtungen, rechtswidrige Verhaftungen, geheime Inhaftierungen, Verschleppungen und Folter sind weiterhin an der Tagesordnung gewesen. »Präsident Aquino hat es versäumt, eine Verfügung zu erlassen, mit der er unter Beweis gestellt hätte, dass ihm etwas daran liegt, Verschleppungen und außergerichtliche Hinrichtungen ein Ende finden zu lassen«, so der Vorsitzende von Al Philippinen, Ritz Lee Santos (Quelle: *Philippine Daily Inquirer*, 7.12.2015). »Nicht ein einziger Folterknecht ist bestraft worden«, so Santos. Auch wenn es darum geht, Militär und Polizei zur Rechenschaft zu ziehen, die sich Menschenrechtsverletzungen zuschulden haben kommen lassen, habe es wenig Fortschritt gegeben, meint Santos. Schließlich sei das Zeugenschutzprogramm nicht überprüft (und verbessert) worden und weiterhin gelte die Präsidialverfügung 546, welche die Polizei anweist, das Militär bei der Aufstandsbekämpfung zu unterstützen.

Human Rights Watch (HRW) kommt zu keinem schmeichelhafteren Ergebnis, was die Menschenrechtsbilanz der Regierung Aquino angeht. In ihrem Weltjahresbericht 2016 spricht HRW davon, dass diejenigen, die für die Morde an indigenen Führungspersönlichkeiten, Aktivistinnen und Journalisten oder für andere schwere Verstöße verantwortlich zeichnen, nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien.

Armutsbekämpfung

Aquino hatte nicht nur versprochen, die Korruption zu bekämpfen (*kung walang korap*), sondern auch

die Armut (*walang mahirap*). Auch in diesem Bereich ist seine Amtszeit eine Enttäuschung gewesen. Trotz eines Wirtschaftswachstums von jährlich um die sechs Prozent ist die Armutsquote mehr oder wenig unverändert geblieben. Daran haben auch die 229 Milliarden Pesos nichts geändert, die im Rahmen des konditionalen Sozialtransferprogramms (*Conditional Cash Transfer* – oder 4P) zwischen 2011 und 2015 an vier Millionen bedürftige Haushalte ausgeschüttet wurden.

In den letzten zehn Jahren gilt unverändert jede/vierte Filipino als arm. 2006 lag die offizielle Armutsquote bei 26,6 Prozent; die Quote fiel bis 2013 leicht auf 24,6 Prozent, lag 2015 aber wieder bei 26,3 Prozent. Und dabei wird hier mit einem Armutsbegriff operiert, der kaum einmal für die nötigen Lebensmittel reicht. Dagegen stuft sich mehr als jeder zweite Filipino selbst als arm ein. Auch die Unterbeschäftigtenrate, also die Zahl derjenigen, die trotz Arbeit nicht genug zum Leben haben (*working poor*) ist in den letzten Jahren nur leicht zurückgegangen und lag Ende 2015 bei 17,6 Prozent. Während dessen ist die Zahl der Arbeitsmigrant*innen gestiegen – auch ein Ausdruck von mangelnden Arbeitsmöglichkeiten im Land.

Auch wenn »Natur«katastrophen oder das immer noch merkliche Bevölkerungswachstum zur unveränderten Armut beitragen; in erster Linie dürfte es doch auf die neoliberale und neokoloniale Wirtschaftspolitik zurückzuführen sein, dass das Wachstum kaum bei den Armen ankommt. Sowohl was die Land- und Agrarreform als auch was die Arbeitspolitik angeht, hat Aquino kaum etwas unternommen. Auf dem Land ist die Armut unverändert hoch, die Landwirtschaft bleibt unterentwickelt, der Industriesektor ein Zwerg. Geld kommt vornehmlich durch Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant*innen, durch den boomenden Call-Center-Sektor und den (Aus-) Verkauf der heimischen Rohstoffe rein; Fertigprodukte müssen aber weitgehend importiert werden, wodurch viele der Einkünfte wieder ins Ausland abfließen.

Die soziale Ungleichheit ist ausgeprägt wie eh und je. Das reichste eine Prozent der Filipinos kontrolliert weiterhin 60 Prozent der heimischen Wirtschaft, während das Einkommen der reichsten 20 Prozent fast neun mal so hoch ist wie das der ärmsten 20 Prozent. Der Gini-Koeffizient, mit dem gemeinhin soziale Ungleichheit gemessen wird, hat sich seit 1991 gerade um 0.01 Punkte von 0,48 auf 0,47 verbessert. (In Deutschland lag er 2012 bei 0,28.) Der Kolumnist Marlen Ronquillo brachte diese Tatsache zynisch auf den Punkt. »Den *Daang Matuwid* gibt es wirklich. 60 Prozent des Wirtschaftswachstums geht direkt an die reichsten ein Prozent.«

Schicke Hochhäuser und elegante Wohnsiedlungen schießen überall aus dem Boden, aber an der Wohnsituation der armen Bevölkerungsmehrheit hat sich kaum etwas verändert. Sie werden immer noch

bevorzugt aus der Stadt vertrieben und in Siedlungen (*relocation sites*) in der Provinz angesiedelt, weit weg von ihren Arbeitsgelegenheiten.

»Während bemerkenswerte Höhen an der Börse erreicht wurden und die Devisenreserven außergewöhnliche Ausmaße erreicht haben, der Peso stabil ist und das Haushaltsdefizit fortwährend reduziert wird, hat dies in keiner Weise einen positiven Effekt für die tagtäglichen Sorgen der überwältigenden Mehrheit der Filipinos gehabt«, paraphrasierte Amando Doronila schon am 16.10.2012 im *Philippine Daily Inquirer* die Einschätzung des vormaligen Finanzministers Roberto de Ocampo über die Wirtschaftspolitik unter Aquino. » Sie hat weder die Armut reduziert, noch Arbeitsplätze geschaffen oder dazu geführt, dass die Grundbedürfnisse besser befriedigt werden«. Diese Aussage ist auch heute – mehr als drei Jahre danach – weiterhin gültig.

Dass Aquino die neoliberale Wirtschaftspolitik seiner Vorgängerin fortführen würde, daran hatte er immerhin von Anfang keinen Zweifel gelassen (siehe *Gelbfieber* in der südostasien 2/2010). Und so hat Aquino auch während seiner Präsidentschaft eine Politik verfolgen lassen, die auf eine möglichst deregulierte Wirtschaft, auf Marktmechanismen und die Initiative der Privatwirtschaft setzte. Nachdem Strom- und Wasserversorgung schon lange privatisiert sind, setzte unter Aquino die Privatisierung von Regierungskrankenhäusern ein, die zudem gezwungen werden, verstärkt kostendeckend zu wirtschaften – also Preise zu verlangen, die zwar die Kosten decken, die sich aber die Armen nicht mehr leisten können. Heute entscheidet Kaufkraft noch mehr als zuvor, ob man die eigenen Grundbedürfnisse auch befriedigen kann.

Alles habe eben seinen Preis, so Aquino, als er 2013 diejenigen kritisierte, die über die anhaltenden Stromausfälle auf Mindanao klagten. »Nur private Investitionen,« so Aquino damals, »können eine nachhaltige Energieversorgung für Mindanao garantieren. Man muss einen realen Preis für einen echten Dienst zahlen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Zahle ein wenig mehr für deinen Strom oder lebe mit den wiederkehrenden Stromausfällen« (Quelle: *Philippine Daily Inquirer*, 16.4.2012).

Statt die malade öffentliche Infrastruktur zu verbessern, hat die Regierung Aquino das Ziel der Haushaltsstabilität sogar auf die Spitze getrieben und nach Angaben des ehemaligen Haushaltsministers Benjamin Diokno (der in seiner Zeit unter Präsident Estrada einen eher schuldenfinanzierten Ausgabenkurs fuhr) im Jahre 2015 276 Milliarden Pesos weniger ausgegeben als das Parlament bewilligt hatte. 2011 waren es noch bloß 76 Milliarden Pesos gewesen, zwischen 2011 und 2015 insgesamt 705 Milliarden Pesos (Quelle: *Business World*, 23.3.2016). Nur zwischen zwei und drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts würden somit für öffentliche Infrastruktur ausgegeben, während es in den asiatischen Nachbarländern min-



Gawa hindi salita – Anpacken statt hohler Phrasen – lautet der Slogan der Kommunalverwaltung von Mandaluyong (Metro Manila)
Foto: Niklas Reese

destens fünf Prozent seien, so Diokno (Quelle: Business World, 29.5.21015).

Auch die Verkehrsinfrastruktur in der Hauptstadtregion bleibt angeschlagen. Der öffentlichen Nahverkehr ist weitgehend in privaten Hand und fast keine Woche verging, in der die Hochbahn MRT keinen Ausfall zu verzeichnen hatte. Der Ausbau des Hochbahnnetzes ist zudem bei weitem langsamer voran gegangen als versprochen. Zur gleichen Zeit stieg die Zahl der verkauften Autos Jahr für Jahr. Während 2010 bloß 168,000 Fahrzeuge verkauft wurden, waren es 2015 schon 300,000. Und der Verband der Automobilbauer der Philippinen CAMPI erwartet, dass noch vor dem Jahre 2020 mehr als eine halbe Millionen Autos pro Jahr verkauft werden (Quelle: Manila Tribune, 22.3.2016). An dem Autowahn der Mittelschicht ändert auch der tägliche Megastau in Metro Manila nichts. Wer etwas auf sich hält, hat mindestens ein eigenes Auto, bevorzugt einen Geländewagen. Freie Fahrt für freie Bürger!

Friedensprozess in Mindanao

Was den Konflikt in Mindanao angeht, war Aquino tatsächlich voller Tatendrang. 2011 machte er sich nach Tokio auf, um dort den Vorsitzenden der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF), Murad Ebrahim, auf neutralem Territorium persönlich zu treffen. Dieses Treffen stieß einen Prozess an, der in einer umfassenden Vereinbarung mündete, die zum Aufbau eines autonomen Bangsamoroterritoriums hätte führen sollen.

Dann aber ging der Versuch schief, einen international gesuchten islamistischen Terroristen zu verhaften. 44 Sondereinsatzkräfte der Polizei verloren in einem Zusammenstoß mit Kräften der MILF ihr Leben und plötzlich drehte sich die öffentliche Meinung

im meinungsbildenden Manila gegen das Friedensabkommen. Von einem Ausverkauf philippinischen Territoriums war nun die Rede und die wabernden Vorbehalte gegen die Moros unter der christlichen Mehrheitsbevölkerung entfalteten ihre geballte Kraft. Das bedeutete den faktischen Todesstoß für die bereits sicher geglaubte Verabschiedung des *Bangsamoro Basic Law*, das dem Friedensabkommen eine gesetzliche Grundlage geben sollte. Erst durch ständige Änderungsanträge, dann durch demonstrative Abwesenheit, die nicht das nötige Quorum für die Verabschiedung zustande kommen ließ, gelang es den Gegnern des Gesetzesvorhabens, seine Verabschiedung in dieser Legislaturperiode zu verhindern. Aquino wurde dabei vorgeworfen, dass er sich nicht ausreichend dahinter geklemmt (sprich: nicht ausreichend Druck auf das Parlament ausgeübt) habe, um eine Verabschiedung noch sicher zu stellen. Das ist auch Wasser auf die Mühlen derjenigen unter den Moros, die eine Verständigung ablehnen und sich lieber von den Philippinen lossagen möchten. Vermehrt kommt es in der letzten Zeit zu Anschlägen und Angriffen der separatistischen *Bangsamoro Islamic Freedom Fighters*.

Erfolge?

Natürlich wäre es verkürzt, die Aquino-Präsidentschaft für ein einzigen Fehlschlag zu halten. Sicherlich gehört zu den Errungenschaften der Aquino-Präsidentschaft das Gesetz zur reproduktiven Gesundheit (*RH Law*) das unter anderem für den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln auch der mittellosen Schichten und für sexuelle Aufklärung an den Schulen sorgen soll – und zudem die Behandlung von Frauen, die abgetrieben haben, entkriminalisiert (während das totale Abtreibungsverbot weiter unangetastet bleibt). Bedauerlicherweise ist es den fundamentalistischen Gegnern des RH-Laws Anfang 2016 gelungen, im Senat massive Mittelkürzungen für die Umsetzung des Gesetzes durchzusetzen, nachdem bereits 2015 der Obersten Gerichtshof entscheidende Passagen des Gesetzes für verfassungswidrig erklärt – und es dadurch nahezu zahnlos gemacht hatte.

Auch die Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuern (*sin tax*) kann als Erfolg gewertet werden, da sie gegen den erbitterten Widerstand der Tabakindustrie durchgesetzt wurde und tatsächlich bereits zu einer Verringerung des Tabakkonsums geführt hat. Weiterhin dürfte die Verlängerung der Schulzeit auf 12 Jahre (K+12) ein Pluspunkt sein, da man das philippinische Bildungssystem somit auf globalen Standard hebt.

Erfolge wie die Verbesserung der Bewertung der philippinischen Wirtschaft durch die internationalen Ratingagenturen oder das kontinuierliche Wirtschaftswachstum sind mit gemischten Gefühlen zu betrachten, da die breite Bevölkerung wie gesagt davon kaum profitiert hat. Auch die als »umfassende

Gesundheitsversorgung« titulierte Ausweitung der gesetzlichen Krankenversicherung *Philhealth* hält nicht, was sie verspricht, und dürfte für die breite Bevölkerung kaum zu einer signifikanten Verbesserung beim Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen führen. Da kann es als etwas vermessen gelten, dass Aquino voller Stolz in seiner letzten Regierungserklärung (*State of the Nation Address*) im Juli 2015 verkündete, dass »wenn der daang matuwid fortgesetzt wird, wir in einer Generation ein Land der Ersten Welt sind.«

Schon 2012 brachte der Anthropologe Michael Tan seine Enttäuschung über Aquino zum Ausdruck, als er in seiner wöchentlichen Kolumne im *Philippine Daily Inquirer* (30.8.2012) feststellte, dass Aquino zwar gleich zu Beginn seiner Amtszeit »Wangwang« untersagt habe, »doch leider bekam Wangwang eine andere Bedeutung, nämlich die von lauten, aber bedeutungslosen politische Versprechen.« Andere sprachen von einer Ampaw-Republik, und vergleichen das politische System in den Philippinen mit Reiswaffeln »lecker, aber drinnen nichts als Luft« (Katrina Santiago in *Ampaw republic*, *The Manila Times*, 19.3.2014).

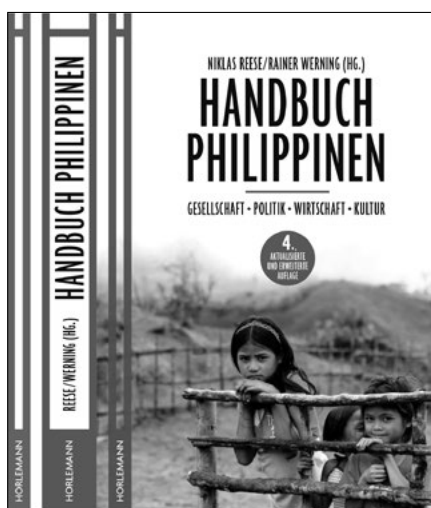
Dass sich die Aquino-Präsidentschaft weitgehend in Symbolismus und Mätzchen seiner Öffentlichkeitsarbeit erschöpft hat, mag auch ein Ausdruck des Widerspruchs zwischen Augenschein und Realität in philippinischer Politik und Gesellschaft sein, den Maria Isabel Ongpin konstatiert hat. In ihrer Kolumne *Appearance and reality in Philippine politics*, die am 23.7.2015 in der *Manila Times* erschienen ist, spricht Ongpin von einer Gesellschaft, die zwischen einer demokratischen Verfassung und einer semi-feudalen gesellschaftlichen Realität eingeklemmt ist, in der de facto »einige wenige Privilegierte über die Unterpri-

vilegierten herrschen« und insofern den demokratischen Versprechungen, die in der Verfassung zu finden sind, keine Taten folgen.

Man sollte hoffen, dass der nationalistische Historiker Zeus Salazar recht hat, wenn er behauptet, dass »für Filipinos Taten mehr zählen als Worte« (in: *Maybe is No*, n. d.) – wie das für eine »high-context-Kultur« typisch sei, in der üblicherweise nicht direkt, sondern zwischen den Zeilen kommuniziert werde. An Zustimmung hat Aquino in all den Jahren aber kaum verloren – anders als seine Vorgänger, deren Beliebtheitsraten allesamt im Laufe ihrer Amtszeit sanken. Auch nach sechs Jahren blieben Aquinos Beliebtheitsraten konstant hoch. Noch in einer Umfrage vom 5.12.2015 sagten 61 Prozent der Befragten, dass sie mit den Leistungen der Regierung Aquino zufrieden seien – und nur 23 Prozent, dass sie unzufrieden seien. Je ärmer die Befragten, desto zufriedener zeigten sie sich übrigens mit dem Präsidenten.

Vielleicht lässt sich dieser Widerspruch zwischen enttäuschten Versprechen und hoch bleibenden Zustimmungsraten auch so erklären, wie Luis Teodoro dies in seinem Artikel *Government as Encumbrance* (*Business World*, 23.1.2014) tut: Der gemeine Filipino, so Teodoro, begreife die Regierung weniger als Dienstleister, sondern eher als Belastung. »Die Regierung wird mehr für das geschätzt, was sie *nicht* getan hat, als für das, was sie getan hat. Im Vergleich zu früheren Regierungen hat die Regierung Aquino nicht so viele getötet, war nicht in so viele Skandale verwickelt oder war nicht so korrupt«, so Teodoro.

Unter Filipin@s scheint es also vergleichsweise geringe Erwartungen an den Staat zu geben, was sie auch schneller zufrieden sein lässt. Dieses Thema werde ich in der nächsten südostasien näher beleuchten.



Jetzt erhältlich...

Die vierte und vollständig überarbeitete Neuauflage des »Handbuch Philippinen« ist jetzt erhältlich. Das Buch liefert tiefe Einblicke in Geschichte und Gegenwart, Land und Leute. Es verdichtet Informationen zu zentralen gesellschaftspolitischen Problemfeldern in zahlreichen Beiträgen geschrieben von langjährigen PhilippinenkennerInnen.

Bestellen sie unter vertrieb@asienhaus.de.

Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.): Handbuch Philippinen.
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.
ISBN 978-3-8950-2339-2 • 495 Seiten • € 19,90 (D)